



„Der Fiskalpakt aus sozialdemokratischer Perspektive“

Rede von Joachim Poß, MdB, auf der Konferenz „Ist eine radikale Reform der europäischen fiskalen Governance möglich?“ am 14.03.2017 in Rom
(Veranstalter: Fondazione Lelio e Lisli Basso und Friedrich-Ebert-Stiftung)

I. Einleitung:

Paolo Guerrieri hat heute Morgen viel Richtiges über die ökonomische und politische Entwicklung der letzten 20 Jahre in Italien gesagt.

Bei anderen Diskussionsteilnehmern dachte ich, ich würde mich mitten in Rom unter rechtspopulistischen Anhängern von Donald Trump befinden, als sie von einer „Germanisierung“ Europas sprachen. Der Hinweis auf die politisch abenteuerlichen und naiven Vorschläge von Joe Stiglitz über das Ende des Euros macht das Ganze auch nicht besser.

Diese Beiträge haben mir erneut schmerzlich vor Augen geführt, dass wir keinen breiten Dialog innerhalb Europas führen. Mein Gespräch mit dem italienischen Notenbankchef Ignazio Visco vor 14 Tagen hier in Rom war da viel ergiebiger. Da haben wir auch intensiv über die politischen und ökonomischen Versäumnisse und Fehler der politischen Klasse und der Wirtschaft hier in Italien gesprochen.

Zunächst ein Bekenntnis, das ich seit Jahren auch bei meinen Gesprächen in Rom abgebe: Für mich ist **Italien das Eckland** für die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone und Europas.

Als deutscher Sozialdemokrat will ich nicht verschweigen, dass **Deutschland** einen deutlich stärkeren **Beitrag zur Stabilisierung**

10.04.2017

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-7 10 20, Fax: +49 30 227-7 61 70,
Joachim.poss@bundestag.de

Joachim Poß, MdB

der Eurozone und Europas leisten muss. Wir haben dazu auch einiges in der Großen Koalition durchgesetzt, z.B. mehr Investitionen, Einführung eines Mindestlohns, Einsatz für mehr steuerliche Gerechtigkeit in Europa.

Der **Fiskalpakt** wirkt prozyklisch und ist vermutlich nicht das beste Instrument, um Europa zu konsolidieren. Erst recht nicht als isolierte Maßnahme. Das war schon 2012 klar, als wir im Deutschen Bundestag über die Ratifizierung des Fiskalvertrages verhandelt haben. Dennoch haben wir deutschen Sozialdemokraten dem **Vertrag trotz Bedenken nach langen Verhandlungen zugestimmt**.

In Deutschland war der Fiskalvertrag Teil eines Pakets, ausgehandelt 2011 zwischen CDU/CSU/FDP-Regierung einerseits und Opposition (SPD/ Bündnis 90/Die Grünen) auf der anderen Seite.

Teil des **national erreichten Kompromisses** war aber nicht nur der Fiskalpakt, sondern auch ein massives **Wachstums- und Investitionsprogramm** für Europa: Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, Initiativen zur Schaffung von mehr Finanzstabilität und nicht zuletzt eine europäische Finanztransaktionssteuer, die die Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen sollte.

Damit hatten wir 2012 der konservativen Regierung aus CDU/CSU und FDP zumindest in Ansätzen einen wachstumsfreundlicheren Kurs abringen können, der nicht nur auf Austerität, sondern auch auf **positive Impulse** für Europa setzte. Das war die Geburtsstunde des **sozialdemokratischen Policy-Mixes**, der nach und nach in Europa die neo-liberale Barroso-Linie abgelöst hat. Leider wurden bis heute nicht alle Vereinbarungen umgesetzt. Eine Finanztransaktionssteuer ist noch in weiter Ferne. Investitionen werden aber seit unserem Drängen auf die erste Kapitalerhöhung für die EIB und dem Juncker-Plan 2015 angestoßen.

Zuletzt wurden die Mittel für Investitionen sogar noch verdoppelt. Damit diese wirken können, sind aber weitere Voraussetzungen als

Joachim Poß, MdB

die bloße Mittelbereitstellung zu erfüllen. Das **Fehlen funktionierender Verwaltungsstrukturen**, insbesondere im mediterranen Raum, erschweren Investitionsprogramme.

Auch sonst besteht zweifellos eine Holschuld der zu fördernden Länder: Investitionsförderprogramme und auch Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen **abgerufen und genutzt** werden. Investitionen scheitern oft nicht an nicht vorhandenen Mitteln, wohl aber an fehlendem Know-how oder dem Willen zu entschiedenen Handelns.

Trotz der teilweise schwierigen Umsetzung, war der **Kompromiss mit Finanzminister Schäuble 2012** ein erster Schritt hin zu einem *besseren* Policy-Mix aus mehr Investitionen, Strukturreformen, wachstumsfreundlicher Konsolidierung und einer effizienten Regulierung der Finanzmärkte.

Wir sind damit aber noch lange nicht am Ziel angekommen. In allen Bereichen des angesprochenen Policy-Mixes müssen wir besser werden.

II. Die Teilbereiche eines erfolgreichen Plans für Europa

a. Konsolidierung & Investitionen

Ein wichtiger Schritt ist und bleibt die **wachstumsfreundliche Konsolidierung**. Das bedeutet, dass gespart wird, wo es weder in größerem Maße die Wirtschaft noch die Ärmsten trifft. Aber auch kluge Sozialpolitik kann dazugehören.

Das Italien trotz hoher Staatsquote kein ausreichendes Sozialsystem hat, ist bedauerlich. Beispielsweise hat Portugal über einen erhöhten **Mindestlohn** die Binnennachfrage gestärkt und seine Steuereinnahmen gesteigert. Der Länderbericht der Kommission zeigt eindeutig, dass derartige Maßnahmen der Wirtschaft zumindest nicht schaden und potentiell eher Nutzen stiften – besonders wenn wir die Steuerdynamiken betrachten, die in der EU herrschen. Gerade

Joachim Poß, MdB

Wohlhabende und Firmen verschieben Geld zur so genannten Steueroptimierung. Auch in Deutschland ist die Steuerhinterziehung weitgehend eine Form von Oberschichtenkriminalität. In Italien ist dieses Problem wohlbekannt.

So kann über eine **sozialere Wirtschaftspolitik** und eine Bekämpfung von Steuervermeidung auf der Einnahmenseite eine moderate Konsolidierung erreicht werden. Auch in Deutschland haben wir durch einen Mindestlohn neben mehr Gerechtigkeit auch mehr Wachstum und eine höhere Binnennachfrage erreicht.

Gerade hier in Rom ist es aber auch wichtig, über die **Ausgabenseite** zu sprechen. Über die letzten Jahre hinweg hat die italienische Regierung immer wieder neue Haushaltspläne vorgelegt, die nach und nach gegen das Versprechen von Reformen wieder aufgeweicht wurden.

2015 plante man noch, die Staatsschuldenquote bis 2018 um 10 Prozentpunkte zu verringern, dann nur noch 7, dann nur noch 2 bis 5 Prozentpunkte und jetzt sieht es so aus als würde die Schuldenquote bis 2018 sogar leicht steigen.

Und trotzdem wird immer wieder die EU-Kommission dafür angegriffen, dass sie auf einer moderaten Verringerung des Defizits besteht – selbst wenn sie einfach nur auf die Zahlen besteht, die genau die gleiche Regierung ein paar Monate zuvor verkündet hat. Die Kommission unter Juncker ist nicht mehr so neoliberal und unnachgiebig wie unter Barroso, sie kann und darf aber auch nicht ins andere Extrem verfallen.

Die italienische **Regierung unter Renzi** hat wie kaum eine andere Regierung notwendige Reformen des Bildungs- und Justizwesens auf den Weg gebracht. Sie hat Schritte zu einer verbesserten Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung unternommen.

Joachim Poß, MdB

Allerdings **stagniert die italienische Wirtschaft** immer noch, obwohl sich die 2014 genannten Begründungen für niedriges Wachstum in den letzten Jahren verändert haben. Die Energiepreise sind zwischenzeitlich massiv gefallen, der Eurowechselkurs ist niedrig und die Geldpolitik der EZB im Interesse der mediterranen Länder. Es zeigt sich, dass die Erklärungen für Italiens Schwäche komplizierter sind und dass sich die Resultate von notwendigen Struktur-reformen nicht über Nacht zeigen; das braucht Jahre.

Mit einer weit **überhöhten Staatsverschuldung**, wie Italien sie leider noch über Jahre haben wird, macht man sich angreifbar für die Märkte. In der langen Frist reduziert die Staatsschuld die Handlungsfähigkeit der Regierungen und sie werden zu Getriebenen. Die Finanzierung des deutschen 80-Mrd.-Pakets 2009 zur Stabilisierung der Wirtschaft, das mit zur heutigen wirtschaftlichen Stärke Deutschlands beigetragen hat, konnte nur finanziert werden, weil der deutsche Schuldenstand so niedrig war.

In Teilen wurde das auch in der italienischen Regierung erkannt. Zuletzt diente der **vorsichtige Reformkurs** aber einigen selbstsüchtigen Funktionären der PD dazu, sich abzuspalten und damit die *politische* Stabilität Italiens *und Europas* noch stärker zu gefährden.

Es bleibt zu hoffen, dass die pro-europäischen, verantwortungsbewussten Kräfte in der italienischen Politik die Oberhand behalten. Denn gerade für Länder mit Schuldenquoten jenseits der 100% ist eine verlässliche und vorausschauende Politik, die eben nicht nur auf Populismus baut, zwingend notwendig.

Die Diskussion über den **Italexit** ist verantwortungslos und verhindert Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Konsolidierung bleibt auf mittlere Sicht wichtig.

Ob der **Fiskalpakt dafür die richtigen Rahmenbedingungen liefert, sollte durchaus diskutiert werden**. Trotzdem können ernsthafte Diskussionen darüber erst stattfinden, wenn konkrete und detaillierte Änderungsvorschläge gemacht werden. Generelle Absichtser-

Joachim Poß, MdB

klärungen und eine pauschale Ablehnung z.B. des Fiskalpakts würden aber an der im Moment gegebenen politischen Situation in Europa scheitern. Wir warten auf die konkreten italienischen Vorschläge schon länger. Paolo Guerrini hat dazu heute Morgen kluge Gedanken vorgetragen.

b. Strukturreformen

Die Wirksamkeit von Investitionen und Konsolidierung hängt aber auch eng zusammen mit **Strukturreformen** im Bereich der **Korruptionsbekämpfung und der Rechtssicherheit**.

Die Fälle von Beamten, die über Jahre lediglich zum Einstempeln in ihr Büro kamen, sind im letzten Jahr durch die Presse gegangen. Auch Italiens vorletzter Platz in der Eurozone beim Korruptions-Index von Transparency International machte Schlagzeilen. Das ist keine Umgebung, in der Wachstum generiert werden kann. Für Investoren sind außerdem langwierige Rechtsstreitigkeiten in vielen europäischen Ländern ein Grund, um letztendlich andere Investitionsmöglichkeiten zu suchen.

In diesen Bereichen wurden in den letzten Jahren in den meisten südlichen Euro-Ländern Fortschritte erzielt, die aber bei Weitem noch nicht ausreichen.

Weitere Strukturreformen müssen vor allem auch bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ansetzen und die Bildungs- und Ausbildungssysteme wettbewerbsfähiger machen. Das sollte Priorität haben, weil es momentan gerade die Jungen sind, die unter den Krisen zu leiden haben.

III. Schluss

Um in der EU und der Eurozone voranzukommen, brauchen wir stabilere politische Rahmenbedingungen als wir sie angesichts von

Joachim Poß, MdB

Brexit, Trump, anwachsendem Populismus, den Abbau von Demokratie und Rechtsstaat in Polen, Ungarn etc. derzeit erleben.

Wir alle müssen dazu Beiträge erbringen: Deutschland mit einer **größeren Bereitschaft** mehr Investitionen zu leisten, die mediterranen Länder mit Erfolgen bei der Belebung der Wirtschaft und dem Abbau von Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit und notwendigen Strukturreformen bei der Rechtssicherheit, Bildung und Ausbildung, einer effizienten Verwaltung und der Bekämpfung von Klientelismus und Korruption.

Auf EU-Ebene brauchen wir Fortschritte beim der Bekämpfung des Steuerdumpings in Benelux, Irland und Malta. Der von mir geschilderte Policy-Mix muss zu **mehr Investitionen** und **Arbeitsplätzen** führen. Darüber hinaus muss die **Architektur** der Eurozone vollendet werden, u.a. mit einer **Fiskalkapazität** und einer demokratischen Vertretung der nationalen Parlamente und des EP.

Die konsequente Umsetzung einer solchen Agenda in die Praxis kann dann Konsequenzen für den **Fiskalpakt** haben.

In den anstehenden Wahlen 2017 muss die europäische Sozialdemokratie klarmachen, dass die Lebensperspektiven der Menschen im Blick auf Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Meinungsfreiheit und Demokratie von diesem Weg profitieren. Die Populisten haben keine realitätstüchtigen Antworten.

Mit Hassreden und Führerprinzip, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, schafft man weder sozialen Ausgleich noch Frieden, noch Wachstum und Beschäftigung.

Wir können den Gefahren für die demokratische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung nur begegnen, wenn wir die Routine abstreifen, die Ärmel aufkrepeln und unbeirrt für Europa arbeiten. Dafür steht die deutsche Sozialdemokratie und ich hoffe, die gesamte europäische Sozialdemokratie. Pauschale Schuldzuweisungen müssen wir jetzt hinter uns lassen.

Joachim Poß, MdB

Wir müssen nach vorne schauen, müssen die Bedrohung Europas realisieren, mit der wir es zu tun haben und müssen diese Herausforderung gemeinschaftlich angehen. Das gilt zumal für die Gründerstaaten, zu denen auch Italien und Deutschland gehören. Wir haben da eine gemeinsame Aufgabe und manchmal habe ich den Eindruck, dass dies ein wenig in den Hintergrund tritt, dass wir gemeinsam diese Aufgabe bewältigen müssen. Nicht nur in unserem eigenen Interesse als Politiker, sondern im Interesse der Bevölkerung, die wir vertreten, im Interesse der Menschen, die wir vertreten.